

Information über den Projektstart «Prüfung der Einheitsgemeinde»

Am 04.04.2017 reichte das Ehepaar Ruth und Andreas Wirth-Welle eine Initiative ein, die verlangt, dass innert zwei Jahren eine Vorlage ausgearbeitet werden soll, welche die Primarschulgemeinde und die Politische Gemeinde Wildberg in eine Einheitsgemeinde zusammenschliesst und die Primarschulgemeinde aufgelöst wird. Die Initiative wurde für gültig erklärt.

Die Primarschulpflege und der Gemeinderat führten am 24. September 2018 gemeinsam eine Projektstartsitzung zur Prüfung einer Einheitsgemeinde durch. Dabei wurden gegenseitige Erwartungen ausgetauscht und Rahmenbedingungen festgelegt. Die wichtigsten Erkenntnisse aus der Startsitzung sind:

- Die Schule soll weiterhin ihre höchstmögliche Autonomie behalten und damit auch zukünftig ein Antragsrecht an die Gemeindeversammlung haben.
- Die Synergien, insbesondere in den Bereichen Finanzen und Liegenschaften sollen bestmöglich genutzt werden.
- Die unterschiedlichen kulturellen Voraussetzungen der Schule und der Politischen Gemeinde werden im Prozess berücksichtigt und respektiert.

Eine paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe aus Vertretenden der Primarschule und der Politischen Gemeinde hat unmittelbar nach der Startsitzung damit begonnen, die Eckwerte für die Einheitsgemeinde auszuarbeiten. In Anlehnung an das neue Gemeindegesetz wird in den kommenden Monaten gemeinsam eine neue Gemeindeordnung erstellt. Die zwingenden Anpassungen an das übergeordnete kantonale Recht werden im Rahmen des Projektes zur Bildung einer Einheitsgemeinde berücksichtigt. Parallel dazu wird eine Geschäftsordnung ausgearbeitet, in der die Organisation, die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungsbereiche der verschiedenen Akteure definiert wird.

Der Entwurf der neuen Gemeindeordnung wird im Laufe des nächsten Jahres vorliegen und an einer Informationsveranstaltung der Bevölkerung von Wildberg vorgestellt. Nach einer Vorprüfung durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich (GAZ) kann die ausgearbeitete Vorlage dem Stimmvolk an der Urne zur Abstimmung unterbreitet werden.